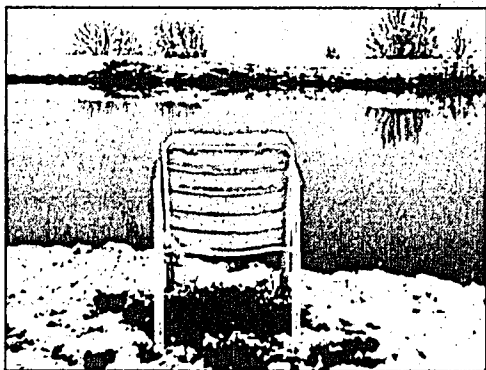


IN KÜRZE

13. Jahrestag des Mauerfalls

BERLIN – Anlässlich des 13. Jahrestages des Mauerfalls haben Politiker der friedlichen Revolution in der DDR gedacht. Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit erinnerte am Samstag an den 9. November 1989. Den Tag der Grenzöffnung hätten die Menschen in Ost und West herbeigesehnt. Der SPD-Politiker mahnte, weiterhin für Freiheit, Demokratie und Menschenwürde einzutreten. Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Michael Glos, betonte, der Freiheitswillen der Menschen sei letztendlich stärker als jede Unterdrückungsmaschinerie gewesen. Auch er verwies darauf, den 9. November als Tag der Mahnung, Frieden und Freiheit entschieden zu verteidigen. Der 11. September 2001 habe drastisch vor Augen geführt, dass es eine neue Bedrohung auf dieser Welt gebe, sagte Glos.

Unfreundlicher November



BERN – Der November hat sich bislang von seiner unfreundlichen Seite gezeigt. Auch das Wochenende war grau und nass. In den Bergen fiel etwas Schnee. Auf den Schweizer Strassen kamen mindestens drei Menschen ums Leben. Nach zehn Tagen ist in diesem November mehr Regen gefallen als normalerweise im ganzen Monat: Die Mittelwerte sind bereits überschritten. Auch die Schneemengen sind laut «MeteoSchweiz» eher überdurchschnittlich. Am Wochenende schwankte die Schneefallgrenze zwischen 800 und über 2000 Metern. In den Bergen fielen 20 bis 30 Zentimeter Neuschnee. Am dicksten ist die Schneedecke nun auf dem Säntis mit 135 Zentimetern. In Davos liegen 12 Zentimeter.

Mutmasslicher Heckenschütze geständig

WASHINGTON – Einer der mutmasslichen Heckenschützen von Washington, der 17 Jahre alte John Lee Malvo, hat nach einem Zeitungsbericht mehrere Morde gestanden. Malvo habe in einem sieben Stunden dauernden Polizeiverhör zugegeben, dass er auf mehrere Menschen geschossen habe. Dies berichtete die «Washington Post» unter Berufung auf Beamte. Während des ganzen Verhörs sei Malvo «gesprächig, lächelnd und sogar prahlerisch» gewesen. Unter anderem habe er den Mord an einer Frau auf einem Parkplatz im Bundesstaat Virginia am 14. Oktober gestanden. Gemeinsam mit dem 42-jährigen Golfkriegsveteran John Muhammad habe er die Verbrechen bis ins Detail geplant, sagte Malvo demnach weiter.

Gottschalk als Nikolaus

DÜSSELDORF – Thomas Gottschalk muss demnächst als Nikolaus ein «Freudenhaus» besuchen. Der Moderator hat bei «Wetten, dass ...» am Samstagabend wieder seine Stadtwette verloren – diesmal gegen die Düsseldorf, die es entgegen seiner Prognose geschafft haben, bis zum Ende der Sendung die längste Theke der Welt auf ihrer 640 Meter langen Königsallee aufzubauen. Gelungen ist Gottschalk jedoch abermals ein Quotenerfolg mit der 138. Ausgabe der ZDF-Show: 14,08 Millionen Zuschauer schalteten diese ein, das war fast jeder Zweite, der am Samstagabend fernsah, denn der Marktanteil betrug laut ZDF 46,7 Prozent.

Saddam muss sich beugen

Parlament zu Sondersitzung einberufen – Arabische Liga appelliert

WASHINGTON/KAIRO – Irak wird sich nach Einschätzung der Arabischen Liga dem internationalen Druck beugen und die jüngste UN-Resolution annehmen. Staatschef Saddam Hussein berief das Parlament zu einer Sondersitzung ein. Die USA und Grossbritannien trieben unterdessen die Kriegsvorbereitungen für den Fall voran, dass Irak nicht mit den Waffeninspektoren kooperieren sollte.

Saddam Hussein stehe «vor der sprichwörtlichen Entscheidung seines Lebens», erklärte der britische Aussenminister Jack Straw am Sonntag. Die Aussenminister der Arabischen Liga reagierten mit vorsichtigem Optimismus auf die Irak-Resolution und forderten die USA auf, ihre Syrien gegebene Zusage einzuhalten, dass die am Freitag verabschiedete Resolution kein Freibrief für einen Angriff auf Irak sei. Sie machten deutlich, dass sie jede Militäraktion gegen Bagdad ablehnten, da dies eine Bedrohung für die Sicherheit aller arabischer Staaten darstellen würde.

In einer Erklärung zum Abschluss ihrer Beratungen am Sonntag riefen die Aussenminister

Irak und die Vereinten Nationen eindringlich zur Zusammenarbeit auf und verlangten die Einbeziehung arabischer Experten in die Gruppe der Waffenkontrollleure. Die UN wurden weiter aufgefordert, dafür zu sorgen, dass auch Israel seine Massenvernichtungswaffen zerstöre. Sie seien eine Bedrohung für die ganze Region.

Nach Angaben des saudiarabischen Aussenministers Prinz Saud el Faisal hat Irak der Resolution praktisch bereits zugestimmt. Der irakische Aussenminister Nadschi Sabri hielt allerdings an der offiziellen Linie fest, wonach noch keine Entscheidung gefallen sei. Dem irakischen Fernsehen zufolge soll der Parlamentsbeschluss zur Irak-Resolution an den Revolutionären Kommandorat weitergeleitet werden, der von Saddam Hussein geleitet wird. Wann das Parlament berät, war zunächst unklar. Irak hat allerdings nur bis Freitag Zeit, um zu der Resolution Stellung zu nehmen. Die einstimmig angenommene Entschliessung fordert für die Waffenkontrollleure einen «bedingungslosen und uneingeschränkten Zugang» zu allen Stätten, die acht Präsidentenpaläste eingeschlossen. Bagdad muss den Beschluss binnen sieben Tagen akzeptieren und



Nach Einschätzung der Arabischen Liga wird sich Saddam Hussein dem internationalen Druck beugen und die jüngste UN-Resolution annehmen.

in 30 Tagen eine Übersicht über chemischer, biologischer und alle Programme zur Produktion nuklearer Waffen vorlegen.

Israel: Rückzug aus Dschenin

Nahost-Konflikt: Dschihad-Chef Ijad Sawalha getötet

DSCHENIN/JERUSALEM/KAIRO – Nach der gezielten Tötung eines der meist gesuchten palästinensischen Terroristen hat sich die israelische Armee wieder aus Dschenin im Westjordanland zurückgezogen. Am Sonntag wurde auch die Ausgangssperre aufgehoben.



Die israelische Armee hat sich wieder aus Dschenin zurückgezogen.

Bei einem Sondereinsatz war am Samstag der Chef des Islamischen Dschihad im nördlichen Westjordanland, Ijad Sawalha, getötet worden. Sawalha wird für den Tod von 31 Israelis bei Selbstmordanschlägen verantwortlich gemacht. Aus Rache tötete die radikal-islamische Gruppe mit einem Sprengstoffanschlag einen 23-jährigen israelischen Soldaten im Gazastreifen.

Forderung nach Gewaltverzicht

Unterdessen lehnte die radikal-

islamische Hamas-Bewegung einen Stopp der Selbstmordanschläge in Israel ab. Die Fatah-Bewegung von Palästinenserpräsident Jassir Arafat forderte ein Ende der Attentate zumindest in der Zeit

zugleich, dass kein Land der Welt der Autonomiebehörde bei der Errichtung eines Palästinenserstaates helfe, solange die Anschläge andauern.

Zweifel an US-Friedensplan

Führende israelische und palästinensische Politiker äusserten in der Zwischenzeit Vorbehalte gegenüber dem Nahost-Friedensplan der US-Regierung. Israels neuer Verteidigungsminister Schaul Mofas wies jeden Zeitrahmen für die Schaffung eines Palästinenserstaates zurück. Es wäre ein Desaster, wenn Israel dem zustimmen würde, sagte Mofas der Tageszeitung «Maariv».

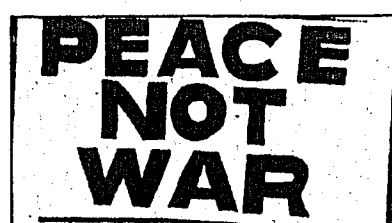
Der im Oktober vorgelegte Plan sieht eine Serie von Schritten vor, um die Gewalt im Nahen Osten zu beenden, und die Errichtung eines Staates Palästina bis 2005.

Friedlich gegen den Krieg

Sozialforum Florenz: Hunderttausende gingen auf die Strassen

FLORENZ – Es war eine der grössten Demonstrationen gegen den Krieg seit vielen Jahren in Europa: Mindestens eine halbe Million Menschen gingen in Florenz auf die Strasse. Entgegen den von der Regierung geschürten Defürchtungen verlief die Kundgebung friedlich.

Mit einer geschätzten Teilnehmerzahl von bis zu einer Million Menschen ist den Organisatoren des Sozialforums in Florenz eine beispiellose Mobilisierung gelungen. Kommentatoren sprachen gar von einer Wiedergeburt der Friedensbewegung der 80er Jahre. Lange vor der Veranstaltung hatten italieni-



Eine halbe Million Menschen demonstrierten gegen den Krieg.

sche Regierung und Medien gegen die Anti-Kriegs-Demonstration und das Sozialforum Stimmung gemacht. Teile des Schengener Abkommens wurden ausser Kraft gesetzt, um scharfe Grenzkontrollen vornehmen zu können.

Die einflussreiche Tageszeitung «Corriere della Sera» hatte unter dem Titel «Rettet Florenz» gar gefordert, das Europäische Sozialforum aus der toskanischen Metropole fernzuhalten. Doch das grosse Treffen der Kriegsgegner und Globalisierungskritiker geriet zum Fest. Von Chaoten keine Spur, nicht einmal Fensterscheiben gingen zu Bruch. Trotz dem erklärten Ziel der Proteste, «die Kriegs koalition» zu stoppen, waren anti-amerikanische Töne in Florenz eher selten. Neben dem Nein zum Krieg forderten die Teilnehmer der Grosskundgebung «ein anderes Europa für eine andere Welt». Die Demonstration galt als Höhepunkt des Europäischen Sozialforums. Bis zu 40 000 Personen und damit deutlich mehr als erwartet hatten von Mittwoch bis Sonntag an den Konferenzen, Seminaren und Workshops teilgenommen. Hauptthemen waren der «Kampf für Frieden, gegen den Krieg», «Kampf gegen den Neoliberalismus und seine sozialen Folgen» sowie «Kampf für Bürgerrechte, gegen Rassismus».